

**Kohleabbau in La Guajira,
Kolumbien**

**Die Verantwortung
deutscher
Energiekonzerne**

**Menschenrechtsreport Nr. 73 der
Gesellschaft für bedrohte Völker**

Juli 2014

V
gesellschaft
für **bedrohte**
völker



Impressum

Für Menschenrechte. Weltweit.

Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV)
Postfach 2024, D-37010 Göttingen
Tel.: +49 551 49906-0
Fax: +49 551 58028
E-Mail: info@gfbv.de
Internet: www.gfbv.de

Bank für Sozialwirtschaft
Konto: 9 471 400
BLZ: 251 205 10
IBAN: DE82 2512 0510 0009 4714 00
BIC: BFSWDE33HAN



Die GfbV ist eine Menschenrechtsorganisation für verfolgte ethnische und religiöse Minderheiten; NGO mit beratendem Status bei den UN und mitwirkendem Status beim Europarat. Sektionen, Büros oder Repräsentanten in Arbil, Bern, Bozen, Göttingen/Berlin, London, Luxemburg, New York, Pristina, Sarajevo/Srebrenica, Wien

Text: Anke Polkowski

Redaktion: Inse Geismar

Layout: Tanja Wieczorek, Hanno Schedler

Preis: 5 Euro

Die Autorin dankt den folgenden Interviewpartnern:

- Sebastian Rötters von der deutschen NGO Powershift
- Stephan Suhner von der Arbeitsgruppe Schweiz Kolumbien
- Petra Langheinrich vom Anwaltskollektiv „ José Alvear Restrepo“ Kolumbien, Bogotá
- Jens Schanze von Maschafilm und seine Dokumentation „Das gute Leben“ (Veröffentlichung voraussichtlich 2015)

Herausgegeben von der Gesellschaft für bedrohte Völker im Juli 2014

Kohleabbau in La Guajira, Kolumbien – Die Verantwortung deutscher Energiekonzerne

1. Einleitung	5
2. Bergbau in Kolumbien	7
2.1 Die Wayúu Gemeinden und der Kohleabbau in La Guajira	11
2.2 Das Unternehmen Cerrejón	14
2.2.1 Die Vertreibung von Tabaco	16
2.2.2 Die Umsiedlung von Tamaquito	17
2.3 Fazit	19
3. Die Verantwortung deutscher Energiekonzerne	21
3.1 Die "Bettercoal" Initiative	22
3.2 "Corporate Social Responsabiliy"	23
3.3 Fazit	24
4. Schluss und Empfehlungen an die Bundesregierung	26
5. Endnoten	28
6. Literaturverzeichnis	30

1. Einleitung

Seit der Kolonialisierung durch Spanien und Portugal dienen die lateinamerikanischen Länder als Rohstofflieferanten für den globalen Norden. Diese rücksichtslose Ausbeutung von natürlichen Ressourcen, welche zu dem Wohlstand in den heutigen Industriestaaten führt, ist jedoch in den Förderländern für erhebliche Menschenrechtsverletzungen sowie Umweltschäden verantwortlich und hemmt die Entwicklung demokratischer Strukturen. Der sogenannte Extraktivismus, welcher auf der Ausbeutung weniger Rohstoffe für den Export basiert, kennzeichnet noch heute die wirtschaftlichen Strukturen vieler Staaten in Lateinamerika. Doch in den meisten Fällen führen die Einnahmen aus der Vergabe von Konzessionen und Export nicht zu gesellschaftlichem Wohlstand, sondern zu Verarmung und Zerstörung der Umwelt.

Extraktive Industrien, wie Bergbau und Erdöl, geben durch ihre Ausrichtung auf den Export nur wenig Impulse für die Entwicklung der lokalen Wirtschaft und sind stark abhängig von äußeren Faktoren, wie Weltmarktpreisen. Zudem leiden die Länder unter ungerechten Welthandelsstrukturen, einer weit verbreiteten Korruption und Steuervermeidung von Seiten der Unternehmen sowie Regierungen.

Auch Juan Manuel Santos, der derzeitige Präsident Kolumbiens, sieht Bergbau als eine Entwicklungslokomotive für die Wirtschaft des Landes. So sollen Arbeitsplätze geschaffen, Armut reduziert und soziale Projekte stärker gefördert werden. In den letzten fünf Jahren hat sich Kolumbien zum fünftgrößten Steinkohle Exporteur weltweit entwickelt. Dabei weist kein anderes südamerikanisches Land eine so hohe Exportabhängigkeit auf. Die geförderte Kohle wird zu 95% exportiert. Die Abbaugelände sind meist in der Hand von wenigen transnationalen Konzernen wie beispielsweise aus den USA, England, Australien oder der Schweiz. Die Milliarden Gewinne gehen somit ins Ausland.

Mit Blick auf die indigene Wayúu Bevölkerung in La Guajira, Kolumbien, wird deutlich, wie sehr die Menschen unter dem Kohletagebau leiden müssen. Seit 30 Jahren baut hier das Unternehmen Cerrejón im größten Tagebau Lateinamerikas Kohle ab. Das Bruttoinlandsprodukt steigt, doch die Menschen leben in Armut, umgeben von einer Mondlandschaft, die einst ihre Heimat, ihr Überleben und ihre Kultur bedeutete. Von der Natur und ihrer Vielfalt, die sie einst versorgte, ist heute nicht mehr viel übrig geblieben. Statt Entwicklung kamen Hunger, Krankheit und die leeren Versprechungen eines internationalen Kohleunternehmens. Heute sind Flüsse ausgetrocknet oder umgeleitet und die Böden so verseucht, dass Landwirtschaft dort nicht mehr möglich ist. Die Lebensgrundlage der lokalen Bevölkerung und der indigenen Gemeinschaften, welche auf diesen Gebieten leben, wurde zerstört. Ausgleichszahlungen und Entschädigungen

werden nur selten gezahlt und sind meist unzureichend. Hinzu kommen Vertreibung, Einschüchterungen und Mord, sollte sich die Bevölkerung gegen Umsiedlung wehren.

Auch wenn die meisten rohstofffördernden Unternehmen überwiegend aus Ländern wie Kanada, den USA, der Schweiz oder China stammen, sind die Europäische Union (EU) und Deutschland für viele Probleme mitverantwortlich. Der Verein der Kohleimporteure weist darauf hin, dass die Steinkohleimporte nach Deutschland im Jahre 2013 auf über 50 Mio. Tonnen gestiegen sind, davon rund 38 Mio. Tonnen für die Kraftwerke, 10 Mio. Tonnen für Eisen- und Stahlindustrie und drei Mio. Tonnen Koks.¹ Nach Einschätzung des Bundesverbandes der Energie und Wasserwirtschaft lag die Bruttostromerzeugung 2013 in Deutschland bei 635 TWh, welche zu 61,8% aus konventionellen Energieträgern stammt. Damit stieg der Steinkohleverbrauch für die Stromerzeugung im Vergleich zum Vorjahr um 8,2%. Nach den USA und den GUS Staaten ist Kolumbien mit 6,7 Mio. Tonnen im Jahr 2013 einer der wichtigsten Lieferanten für Deutschland.² Es ist davon auszugehen, dass ab dem Jahr 2018, wenn die Subventionen für Steinkohleförderung in Deutschland auslaufen und die Förderung dort eingestellt wird, diese Importe weiter steigen, da Deutschland dann zu 100% auf Importe aus dem Ausland angewiesen sein wird.

Die Interessen der rohstoffreichen Regionen Kolumbiens, dessen breite Bevölkerung bis heute wenig von den Rohstoffexporten profitieren konnte, werden kaum berücksichtigt. Stattdessen kaufen deutsche Energiekonzerne wie E.ON, RWE, STEAG und die deutsche Tochter des schwedischen Vattenfall – Konzerns Vattenfall GmbH weiterhin billige Kohle aus Kolumbien und nehmen dabei bewusst Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung in Kauf, deren Langzeitfolgen bis dato noch gar nicht absehbar sind.

Das Anwaltskollektiv „José Alvear Restrepo“ in Bogotá, Kolumbien ist eine Menschenrechtsorganisation, die Menschenrechtsverletzungen aufarbeitet und Prozesse vor nationalen und internationalen Gerichten führt. In den letzten Jahren fokussierte sich die Organisation insbesondere auf die Menschenrechtsverletzungen, die im Zusammenhang mit der Präsenz von internationalen Unternehmen und Megaprojekten stehen. So beschreibt Petra Langheinrich vom Anwaltskollektiv:

„[...] Ich habe einfach durch diese jahrelange Begleitung feststellen können, dass in dem Moment, [in dem] das Licht angemacht wird in Deutschland, es eine direkte Verbindung zu den Menschenrechtsverletzungen hier in Kolumbien gibt.“³

Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) wird daher im folgenden Memorandum die Lebenssituation indigener und afrokolumbianischer Gemeinden in der Abbauregion La Guajira in Kolumbien untersuchen und die ökologischen, sozialen und politischen

Auswirkungen von Großprojekten der Kohleunternehmen darstellen. Zentral ist hierbei auch die Frage, in wieweit Deutschland durch steigende Kohleimporte aus Kolumbien diese Situation indirekt beeinflusst.

Zentrale Fragen sind:

- Welche ökologischen Auswirkungen haben die Kohleabbau- und Expansionsprojekte auf die umliegenden indigenen und afrokolumbianischen Gemeinschaften in La Guajira?
- Welche Auswirkungen haben Kohleabbauprojekte auf die Menschenrechtslage und die Konfliktsituation in der Region La Guajira?
- Welche Konsultations- und Entschädigungsmechanismen gibt es für indigene und afrokolumbianische Gemeinden in den Abbauregionen; werden diese von dem Kohleproduzenten Cerrejón und der politischen Elite in La Guajira eingehalten?
- Kann eine Verbesserung der Lebensqualität bzw. Lebenssituation der indigenen und afrokolumbianischen Gemeinschaften in La Guajira festgestellt werden bzw. verbessert sich die Lebenssituation der von Umsiedlung Betroffenen?
- Wie ist die Beziehung zwischen den staatlichen Institutionen und dem Kohleproduzenten Cerrejón?

2. Bergbau in Kolumbien

Im Jahre 2011 stellte der kolumbianische Präsident, Juan Manuel Santos, sein Konzept von *Prosperity for All (Wohlstand für Alle)* vor und erklärte den Bergbausektor zu einer Lokomotive der wirtschaftlichen Entwicklung seines Landes. Damit führte er das Erbe seines Vorgängers Alvaro Uribe Veléz (2002-2010) weiter und warb im Ausland für massive Investitionen in diesen Wirtschaftszweig. Während der beiden Amtszeiten von Uribe wurden in Kolumbien ca. 4.800.000 Hektar der Landfläche für die Rohstoffexploration konzessioniert. Ungeachtet der damit verbundenen Gefahren und ohne einen geeigneten ordnungspolitischen Rahmen zu setzen hat Uribe dem Bergbau grünes Licht gegeben. Die schwachen staatlichen Institutionen waren nicht in der Lage, die erhöhte Konzessionsvergabe und die Unternehmen zu kontrollieren. Die fehlenden bzw. alten Gesetzesvorlagen hinterließen eine Lücke bezüglich der Verantwortungsbereiche von Unternehmen und Regierung. Für die betroffenen Gemeinden fühlt sich oftmals niemand zuständig. Dies musste auch Juan Manuel Santos

eingestehen: er ließ vorerst keine neuen Konzessionen mehr vergeben, da der Bergbausektor zu einem unkontrollierbaren Problem geworden war.⁴ Zu groß waren die Landnutzungskonflikte zwischen den Unternehmen und der Bevölkerung geworden, wie auch die paramilitärischen Aktivitäten auf einigen der Abbaugelände. Nach einem Bericht des kolumbianischen Rechnungshofes waren Ende 2012 landesweit ca. 5,6 Millionen ha konzessioniert. Auf 2,1 Millionen ha wurden 2012 bereits Rohstoffe abgebaut.⁵

Ein weiteres Problem für den kolumbianischen Staat ist der illegale Abbau von Rohstoffen. Nach Angaben des *Censo Minero*, eines Berichts des kolumbianischen Ministeriums für Bergbau und Energie zur Entwicklung des Bergbausektors in Kolumbien in den Jahren 2010-2012, bauten in diesen Jahren 63% aller Unternehmen in Kolumbien ohne offiziellen Bergbautitel Rohstoffe ab. Betrachtet man die einzelnen Bezirke (Departamentes), wird deutlich, dass 12 von 23 Regionen den Durchschnitt von 63% weit überschreiten. Am stärksten betroffen sind die Provinzen La Guajira (98,2%), Bolivar (94,1%), Magdalena (99,1%), Chocó (99,2%) und Córdoba (95,4%). Dies wirkt sich natürlich auch auf die Förderabgaben aus, welche die Unternehmen eigentlich für den Abbau von Rohstoffen an den kolumbianischen Staat zahlen müssen. Selbst von den Unternehmen mit Abbautitel zahlen 37,2% aber keinerlei Förderabgaben.⁶ Dabei liegt der Förderzins seit 1994 unverändert für Kohleproduktion bis zu drei Mio. t im Jahr bei 5% und ab drei Mio. t bei 10% der Einnahmen.⁷

Diesem illegalen Abbau von Rohstoffen will der kolumbianische Staat durch sein „Agreement No.27“ entgegenwirken. So sollen Bürgermeister, Regierungsmannschaft und lokale Autoritäten durch Trainingsprogramme, welche sich auf die Problematik des illegalen Bergbaus konzentrierten, geschult werden. Studien bezüglich der Situation in einzelnen Bezirken wurden durchgeführt und 2011 kam es landesweit zu 62 Einsätzen gegen illegale Bergbauaktivitäten.⁸

Die zunehmende Kontrolle über den Bergbausektor soll auch zur besseren Prüfung der Förderabgaben und zur Reduzierung von Korruption führen. Die Priorität bei der Verteilung der Förderabgaben liegt nach Angaben von Juan Manuel Santos auf den besonders armen Regionen und den ärmsten Bevölkerungsschichten. Um ein nachhaltiges Wachstum Kolumbiens zu sichern, sollen 10% der Förderausgaben in die Forschung und Entwicklung investiert werden.⁹ Auf der anderen Seite soll das hohe Wirtschaftswachstum Kolumbiens die Voraussetzung für eine aggressive Sozialpolitik sein.¹⁰ Mehr Arbeitsplätze sollen geschaffen, Armut reduziert und die Schere zwischen Arm und Reich verringert werden. Konkret spricht Juan Manuel Santos davon 350.000 Familien aus extremer Armut zu holen und eine Million Wohnungen zu errichten, welche hauptsächlich an sozial Schwächere vergeben werden sollen.

Dennoch gehören viele der Abbauregionen zu den ärmsten Provinzen Kolumbiens, obwohl das BIP wächst. In der Region La Guajira beispielsweise wies das BIP 2011 im Vergleich zum Vorjahr ein Wachstum von 6,1 % auf. Dies entspricht einem Wert von 8,14 Milliarden Dollar.¹¹ Den größten Anteil an diesem Wachstum leistet der Bergbausektor. Der größte Kohleproduzent in der Region ist das Unternehmen Cerrejón. Offiziell verweist das Unternehmen immer wieder auf seine hohen Umweltstandards und sein soziales Engagement in der Region, um eine nachhaltige Entwicklung zu fördern. Dennoch leben 64% der Bevölkerung hier unter der Armutsgrenze und 37% sogar in extremer Armut.¹² Zu den Umweltbeeinträchtigungen durch die Minenarbeiten wurden bis heute keine unabhängigen Studien durchgeführt. Alle existierenden Studien sind von dem Unternehmen Cerrejón finanziert worden.

Die Mine hat auf der einen Seite für neue Arbeitsplätze in der Region gesorgt, andererseits kam es jedoch zu einer grundlegenden Verschiebung, da der Bergbau vorherige Subsistenzwirtschaft verdrängt hat. Auf dem Land, welches zum Eigentum des Unternehmens gehört, können die umliegenden Gemeinden keine oder nur unzureichende Subsistenzwirtschaft betreiben und sind somit auf die Arbeitsplätze in den Minen angewiesen. Durch die fehlende Qualifizierung der Betroffenen greifen die Unternehmen jedoch oftmals auf eigene oder von außerhalb kommende Arbeitskräfte zurück. Dies wirkt einer langfristigen und nachhaltigen Entwicklung der Region entgegen. Zudem beklagen viele der betroffenen Gemeinden, dass die Fördereinnahmen immer noch in den Taschen korrupter Politiker verschwinden, statt die Entwicklung der Region voranzutreiben.¹³

Anhand des nationalen „Índice de Condiciones de Vida“ (ICV) kann festgestellt werden, dass das Departamente den festgelegten Minimalwert von 64 Punkten um 10,07 Punkte unterschreitet. Index zur Darstellung der Lebensumstände auf nationaler und regionaler Ebene. Der Index geht von 0-100, wobei 0 die schlechtesten Lebensumstände repräsentiert und 100 die Besten. Durch eine Steigerung des ICV Wertes würde somit eine Reduzierung der Armut festzustellen sein. Die Minimalwerte werden durch die in der kolumbianischen Verfassung festgelegten Grundrechte jedes Menschen bestimmt.

Auch mit Blick auf die einzelnen Indikatoren zeigt die Abbildung 1, dass La Guajira in den meisten Bereichen Defizite aufweist.

Abbildung 1:¹⁴

Variablen des ICV: 4 Dimensionen des Reichtums	festgelegter Minimalwert	La Guajira	Defizit
Infrastruktur	18,43	12,61	-5,82
Bildung	30,42	25,46	-4,96
Haushaltskomposition	7,87	12,33	4,46
Wohnraumcharakteristik a	9,47	6,53	-2,94
ICV	67	56,93	-10,07

Es kann somit festgestellt werden, dass keine Korrelation zwischen einer Steigerung des BIP und einer Verbesserung der Lebensbedingungen in der Region La Guajira besteht. Zudem haben sich Bereiche wie Infrastruktur und Bildungswesen um den Bergbausektor herum entwickelt. Das heißt, dass Infrastrukturmaßnahmen, welche meistens von Cerrejon selbst finanziert worden sind, letztendlich nicht der Bevölkerung zu Gute kommen, sondern lediglich dem Transport der Kohle dienen. Hierzu gehören eine Bahnstrecke, die das Territorium der indigenen Wayúu Gemeinden zweiteilt, und der von Cerrejon eigens gebaute Verladehafen El Bolivar.

Mit Blick auf die Bildungs- und Studienmöglichkeiten wird auch hier schnell klar, dass diese entlang der extraktiven Industrien angesiedelt sind. An der Universität La Guajira in der Provinzhauptstadt Riohacha wurde der Studiengang zu Sozial- und Humanwissenschaften geschlossen und fünf km entfernt nach Maicao verlegt. So beschreibt auch Frau Langheinrich vom Anwaltskollektiv „José Alvear Restrepo“:

„Versuch mal in die Guajira zu gehen und Anthropologie oder Umwelttechnik zu studieren, es ist unmöglich. Generell in La Guarija zu studieren ist schon mal allein ein Privileg, das sich viele überhaupt nicht leisten können.“¹⁵

Stattdessen scheinen in La Guajira Ingenieurwissenschaften im Fokus zu stehen und für die Mehrheit der Bevölkerung, welche sich kein Studium leisten kann, verspricht Cerrejón auch gern mal ein paar Stipendien.

Es wird somit deutlich, dass in La Guajira nicht nur die Wirtschaft stark vom Kohleabbau abhängig geworden ist, da lokale Subsistenzwirtschaft und Fischerei dem Abbau der Kohle zum größten Teil weichen mussten, sondern dass auch ein großer Teil der Infrastruktur und des Ausbildungssystems mittlerweile in Funktion der extraktiven

Industrie stehen.

2.1 Die Wayúu Gemeinden und der Kohleabbau in La Guajira

Die Provinz La Guajira liegt im Norden Kolumbiens und grenzt an die Bezirke Magdalena und Cesar sowie an die venezolanische Grenze. Es handelt sich hierbei um ein semiarides Gebiet, das heißt, dass die Niederschläge jährlich bei 250mm bis 500mm liegen und die Vegetation aufgrund der trockenen Bedingungen nur spärlich ausgeprägt ist. Land- und Viehwirtschaft wurde insbesondere in Wassernähe betrieben und machte im Jahre 1960 noch 39,6% des Bruttoinlandsproduktes aus. Im Jahre 2010 betrug der Anteil der Landwirtschaft nur noch 4,6%.¹⁶ Dieser starke Rückgang geht einher mit dem Ausbau der Kohle- und Gasförderung, welche 2010 60,9% des Bruttoinlandsproduktes ausmachten.¹⁷ Damit übersteigt La Guajira den nationalen Durchschnitt von 6,7% um mehr als das Neunfache.

Die indigenen Volksgruppen stellen in La Guajira mit 46% die Mehrheit der Bevölkerung. Im nationalen Vergleich ist La Guajira das Departamente mit dem größten Anteil an indigener Bevölkerung. Neben den Wayúu zählen auch die indigenen Gemeinschaften der Ijka, Wiwa und Kággaba dazu. Ebenso sind 8,2% der Bevölkerung afrokolumbianischen Ursprungs.¹⁸ Nach Angaben des Zensus 1993 repräsentieren die Wayúu mit 144.003 Personen 20% der indigenen Bevölkerung Kolumbiens. Damit sind sie die größte indigene Gemeinschaft des Landes. Ihr ursprüngliches Territorium erstreckt sich jedoch über die Grenzen Kolumbiens nach Venezuela hinaus. Zählt man die Anzahl der in Venezuela lebenden Indigenen hinzu, kommt man insgesamt auf ca. 300.000 Wayúu, die immer noch auf ihren angestammten Gebieten leben.

Aufgrund der klimatischen Bedingungen ist Landwirtschaft in La Guajira nur eingeschränkt möglich. Die Wayúu ergänzten ihren Anbau daher früher zum größten Teil durch die Jagd und den Fischfang, wobei sie nicht dauerhaft an einem Ort ansässig waren, sondern periodisch durch ihr Territorium wanderten. Heute leben die Wayúu hauptsächlich von der Viehzucht und Handarbeit, wodurch sie in den kolumbianischen Markt integriert sind. Der Fischfang hat durch die Verschmutzung der Flüsse und die Errichtung neuer Häfen stark nachgelassen und reicht oftmals nicht mehr zur Versorgung der Familien aus. Noch immer sprechen 97% der Wayúu ihre traditionelle Sprache Wayúunaiki. Etwa 32% der insbesondere jüngeren Wayúu Generation sprechen auch Castellano. Dennoch haben ca. 66% der Wayúu Bevölkerung keine formelle Schulbildung erhalten. Die Wayúu leben bis heute in einer matrilinearen Gesellschaft, in welcher Besitz und Ansehen einer Generation ausschließlich einlinig nach Abstammung der Frau weitergegeben werden. Nach einer Heirat zählen Kinder zur Familie der Ehefrau und tragen ihren Namen, damit sie die mütterliche Linie weiterführen.

Kohleabbau in Kolumbien

Heute wird die Existenz der indigenen Gemeinschaften insbesondere durch paramilitärische Aktivitäten und den Abbau von Ressourcen auf ihren Gebieten bedroht. Trotz der Demobilisierung vieler paramilitärischer Einheiten und den aktuellen Friedensverhandlungen in Havanna, bleibt die Situation weiterhin angespannt. Innerhalb des Landes sind 4,7 Millionen Menschen auf der Flucht vor dem Konflikt.¹⁹ Nur der Sudan weist weltweit mehr Binnenflüchtlinge auf. Dies betrifft über eine Million indigener Kolumbianer, da sie durch die Nähe zur venezolanischen Grenze und durch den Zugang zum karibischen Meer auf strategisch wichtigen Gebieten der Paramilitärs leben. Viele indigene Gemeinschaften wurden Opfer einer gezielten Vertreibungspolitik durch Paramilitärs, welche ganze Landstriche entvölkerten, um ökonomische oder politische Vorteile zu erringen. Zudem gibt es zahlreiche Zeugenaussagen ehemaliger Chefs der Paramilitärs darüber, dass internationale Unternehmen über Mittelsmänner Landtitel von Paramilitärs gekauft hätten.²⁰ Dies ist jedoch juristisch aufgrund der komplexen Beziehungen nur schwer aufzuarbeiten und kann somit gerichtlich kaum nachgewiesen und verurteilt werden. Auch in La Guajira haben paramilitärische Einheiten zeitweilig sämtliche legalen und illegalen Wirtschaftsaktivitäten kontrolliert. Es kam zu Massenvertreibung, Einschüchterungen und Mord.

Die zweite Bedrohung für die Existenz der indigenen Völker in Kolumbien ist der Abbau von Ressourcen auf ihrem angestammten Land. Am Beispiel des Kohleabbaus in La Guajira wird deutlich, wie sehr die Lebenssituation der Menschen von den ökologischen Auswirkungen betroffen ist. So wird für den Abbau der Kohle permanent Wasser benötigt, um die intensive Staubentwicklung durch LKWs und Maschinen in der trockenen Gegend einzudämmen. Straßen und Flächen des Tagebaus werden so acht bis zwölf Stunden täglich mit Wasser besprengt²¹, das dem wichtigsten Fluss des Bezirkes, dem Rio Rancheria, entnommen wird. Der Fluss stellt für die dortige Bevölkerung eine der wichtigsten Lebensgrundlagen dar, da das Wasser zur Bewässerung der Felder genutzt wird und das Vieh hier getränkt wird. Für die indigenen Gemeinschaften der Wayúu ist der Fluss nicht nur wichtigste Wasserquelle für den täglichen Bedarf sondern hat auch eine wichtige spirituelle und religiöse Bedeutung.

Schon heute fließt der Rio Rancheria direkt an dem Kohletagebau El Cerrejón vorbei und ist somit unmittelbar von der Mine betroffen. Die entnommenen Wassermengen werden unzureichend gefiltert wieder zurück geleitet und verschmutzen den Fluss. Giftige Schwermetalle aber auch ganze Kohlebrocken geraten so in die umliegenden Gewässer.²³ Die indigenen Wayúu Gemeinden beklagen, dass es gerade bei Gemeinden in Flussnähe immer häufiger zu schweren Erkrankungen kommt und sich Anomalien bei Neugeborenen und Tieren häufen.

So berichtet Jaime Enrique Soto Uriana, Angehöriger der Wayúu Gemeinschaft:

Kohleabbau in Kolumbien

„Sowohl die Fauna wie auch die Flora haben Schaden genommen. Verschiedene Tiere, die wir früher jagen konnten, sind heute verschwunden, so Hirsche und Kaninchen. Auch unser Vieh leidet und hat richtige Hustenanfälle, Tiere ersticken. Verschiedene Tiere kamen tot oder missgebildet zur Welt. Das Pflanzenwachstum ist eingeschränkt, die Fruchtbäume gedeihen nicht mehr wie früher. Es gab früher viel Mango hier, heute fallen die Früchte unreif und halb vertrocknet vom Baum. Der Fluss ist voll Schlamm und Kohle, du kannst nicht mehr Waschen und Baden, du bist nach dem Bad schmutziger als vorher.“²⁵

Dennoch soll in Zukunft die Förderung von Kohle in Cerrejón weiter ausgebaut werden. Ziel ist eine Produktion von 60 Mio. t bis 2017. Um dieses Ziel zu erreichen sollte im Jahre 2012 der Rio Rancheria im Rahmen des Großprojektes P500 über 26 km verlegt werden. Die wichtigste Wasserquelle der Provinz würde für die anliegenden Bewohner somit fünf Kilometer weiter entfernt sein als vorher. Eine Umleitung setzt erneut die Umsiedlung ganzer Dörfer voraus und macht den Fluss zu einer gigantischen Kohlewaschanlage. Sebastian Rötters arbeitet als Referent für Klima- und Ressourcengerechtigkeit bei der Organisation Powershift und hat sich bereits mehrmals persönlich einen Eindruck von der Situation in La Guajira machen können. Seiner Einschätzung nach würde ein solches Projekt über hundert indigene Gemeinschaften in der Region betreffen.²⁶

Im Falle des Projektes P500 haben sich viele Betroffene, Gewerkschaften und andere zivilgesellschaftlichen Organisationen zusammengeschlossen und es kam zu Protesten in der Provinzhauptstadt Rio Hacha. Die „Vereinigung der Autoritäten und indigenen Räte des Südens der Guajira“ (AACIWASUG), die „Fuerza de Mujeres Wayuu“, das Anwaltskollektiv „José Alvear Restrepo“ sowie das Komitee zur Verteidigung des Flusses Ranchería und des Quellgebietes Cañaverales organisierten im August 2012 eine viertägige Expedition entlang des Rio Rancheria. Erklärtes Ziel war es den Fluss vor den Bergbauarbeiten zu verteidigen, für den Respekt gegenüber indigenen Völkern und ihren autonomen Entscheidungen zu kämpfen, die ökologische und soziokulturelle Bedeutung des Flusses hervorzuheben sowie Möglichkeiten der Wasserreinigung und ökologischen Aufwertung des Flusses zu prüfen.²⁷

Die Proteste wurden damit begründet, dass vor der Inbetriebnahme von El Cerrejón die Landwirtschaft und der Handel 60 000 Arbeitsplätze geschaffen hätten. Die Mine könne nur ein Bruchteil der Arbeitsplätze bereitstellen und berücksichtige dabei zu wenig die lokale Bevölkerung. Stattdessen leiden die Menschen seit 30 Jahren unter der Verschmutzung der Luft, der Böden und des Wassers sowie unter dem Verlust von Land und Gesundheitsschäden als Folge des Kohleabbaus.

Im November 2012 verkündete der Chef von Cerrejón, Roberto Junguito, dass das Projekt

aufgrund von niedrigen Kohlepreisen vorerst ausgesetzt wird. Es kann jedoch davon ausgegangen werden, dass das Projekt nicht gänzlich vom Tisch ist. Insbesondere dann, wenn die Prognosen der International Energy Agency (IEA) eintreffen und der Kohlebedarf weltweit bis 2035 weiter steigen wird. Schon heute sind viele der Wayúu Gemeinden ohne jegliche Lebensgrundlage, da sie praktisch vom Bergbau umzingelt wurden. Das Land hat für sie jedoch nicht nur einen physischen Wert, sondern beherbergt auch ihre Jahrhunderte alten heiligen Stätten mit hoher spiritueller Bedeutung. Die selten gewordenen Kulturschätze dieser indigenen Völker gehen nicht nur den Wayúu verloren, sondern auch zukünftigen Generationen der gesamten Menschheit. Auf der Hauptversammlung von RWE 2013 erläutert Oscar Guariyu, der Vertreter einer Wayúu Gemeinde aus La Guajira:

„Wir sind nicht gegen die Entwicklung unseres Landes, aber wir sind gegen eine blinde Entwicklung des Landes. Die Umleitung des Flusses ginge auf Kosten unseres Territoriums, auf Kosten der Umwelt, der Gesundheit und unserer Kultur. Für eine indigene Gemeinde ohne Land gibt es keine Entwicklung mehr.“²⁸

2.2 Das Unternehmen Cerrejón

Seit den 80er Jahren gräbt sich ein riesiges, staubiges Loch in die Landschaft der Region La Guajira in Kolumbien. Mit einer Fläche von 69.000 Hektar ist El Cerrejón der größte Steinkohletagebau in Lateinamerika und einer der größten weltweit. Hinzu kommen Infrastrukturmaßnahmen, wie eine 150 km lange Bahnstrecke und der Verladehafen Puerto de Bolivar zum Transport der Kohle. Auf der Bahnstrecke rollen täglich mehrere Züge unmittelbar an Ortschaften vorbei. Die unzureichende Sicherung dieser Strecken führt immer wieder dazu, dass Tiere oder Menschen von den Zügen erfasst werden.²⁹ Zudem leiden die ansässigen Bewohner unter dem Lärm, dem Kohlestaub und dem Zerfall ihrer Häuser durch die ständige Vibration, der durch die Ortschaften donnernden Züge.

Um das Infrastrukturprojekt Puerto de Bolivar zu realisieren, mussten 1980 750 Wayúu der Gemeinschaft Media Luna ihr Land verlassen. Aufgrund von Bedrohungen und Beschimpfungen wurden die Verhandlungen seitens der indigenen Gemeinde abgebrochen. Dies veranlasste das Unternehmen dazu, die Gemeinde konsequent zu vertreiben.³¹ Am neuen Ort angekommen, wurde schnell klar, dass die Luft- und Wasserverschmutzung durch die Lagerstätten am Hafen nicht tragbar waren. Die Gemeinschaft sollte daher ein zweites Mal „umgesiedelt“ werden, doch 42 der Bewohner weigerten sich das Land ein zweites Mal zu verlassen. Daraufhin erbaute Cerrejón einen Zaun mit Vorhängeschlössern um das Gebiet und ließ Schutzpatrouillen positionieren. Die Bewohner, welche sich bis heute weigern das Gebiet zu verlassen, sind noch immer

schutzlos dem Kohlestaub ausgeliefert. Den Menschen, welche das Gebiet freiwillig verließen, gab Cerrejón ein neues Stück Land, welches ebenfalls durch den Kohleabbau verschmutzt ist. So beschreibt Armando Barros aus Media Luna:

„The contamination of the port is awful [...] when it's really windy and you eat, your plate gets covered with coal dust.“³²

Die Mine gehört zu jeweils einem Drittel Anglo American (Südafrika/GB), BHP Billiton (Australien/GB) und Glencore (Schweiz). Damit liegt sie vollkommen in der Hand ausländischer Unternehmen. Der kolumbianische Staat oder ortsansässige Konzerne haben keine Anteile an Cerrejón. Die Gewinne werden ebenso wie die Kohle hauptsächlich ins Ausland geschafft. Im Jahre 2011 förderte El Cerrejón ca. 30 Mio. t Kohle, davon gingen 56% der gesamten Exporte nach Europa.³³ Hierzulande sind die Energieversorger zuweilen sehr verhalten was die Herkunft ihrer Kohle angeht, doch haben verschiedene Berichte gezeigt, dass RWE, Vattenfall, E.ON, EnBW und STEAG Kohle des Cerrejón Unternehmens in deutschen Kraftwerken verbrennen.³⁴

Ende des Jahres 2012 kam es zu einem großen Skandal in Kolumbien, da das Kohleunternehmen mit Hilfe des kolumbianischen Staates indigenen Gemeinschaften Rinder, Stacheldrahtzaun oder Wasserpumpen als Gegenleistung für eine Zustimmung zum Projekt versprochen hatte.³⁵ Ebenso berichten Bewohner der Gemeinde Las Casitas, dass innerhalb der Verhandlungen mit Cerrejón bewusst Fehlinformationen oder Falschaussagen bezüglich der Umsiedlungs- und Entschädigungsmechanismen von Seiten des Unternehmens weitergegeben wurden.³⁶

Von einem „Free, Prior and Informed Consent“ wie es die „International Labour Organisation“ (ILO) in der „Konvention 169“ festschreibt, kann hier nicht die Rede sein, obwohl Kolumbien diese bereits 1991 ratifizierte. Stattdessen macht es den Eindruck, dass das Unternehmen die Verhandlungsprozesse intransparent und langwierig gestaltet, um dann ganz nach dem Prinzip „Teile und Herrsche“ hier und da ein paar Vergünstigungen zu verteilen und so einige Betroffene auf seine Seite zu ziehen.³⁷ Auf der anderen Seite wird von den Unternehmen oftmals darauf hingewiesen, dass einige Menschen erst später in die Gebiete gezogen seien oder Häuser gebaut hätten, um ebenfalls Teil des Umsiedlungsprozesses zu werden. Es ist jedoch fraglich, ob diese Einzelfälle mit den hundert Bewohnern zu vergleichen sind, welche die Gebiete aus Perspektivlosigkeit verlassen haben, bevor Entschädigungen gezahlt wurden³⁸ bzw. sie einfach vertrieben wurden.

So ergab die 2011 veröffentlichte Studie der Organisation „Oxfam“, der „Conferencia Nacional de Organizaciones Afrocolombianas“ (CNOA) und der „Organizacion Nacional

Indígena de Colombia“ (ONIC), dass bis dato kein einziger Konsultationsprozess die national und international anerkannten Richtlinien der ILO „Konvention 169“ eingehalten hatte, obwohl der kolumbianische Staat über legale Instrumente verfügt, um diese Rechte indigener Völker zu schützen.³⁹ Wie weit das Unternehmen bereit ist für seine Expansionsprojekte zu gehen, zeigt die Vertreibung der Gemeinde Tabaco.

2.2.1 Die Vertreibung von Tabaco

Am 9. August 2001 räumte das Unternehmen Cerrejón mit Hilfe seiner Sicherheitskräfte, dem kolumbianischen Militär und der Polizei die Gemeinde Tabaco. Fast 1.100 afrokolumbianische Bewohner verloren ihre Heimat und ihre Lebensgrundlage. So beschreibt Emilio Ramón Pérez:

„Police, military, armed civilians, anti-rebellion forces arrived with big machines – at least 500 men came to remove us. Never in my life have I seen the like. Even our then mayor had sent people to get us away. I yelled: ‘How can you tear down my house? Everything that I own is inside.’ 15 police officers answered by hitting me unconscious with their clubs.“⁴⁰

Der Vertreibung ging ein langwieriger Verhandlungsprozess voraus, in welchem die Bewohner unter Druck gesetzt wurden ihr Hab und Gut zu verkaufen. Viele nahmen das Angebot von Cerrejón an, verkauften ihr Land und leben heute in Armut, da die Kompensationen für ein Leben in der Stadt nicht ausreichten. Diejenigen, welche sich weigerten ihren Besitz unter Wert zu verkaufen, wurden enteignet und von privaten Sicherheitskräften sowie der Staatsgewalt gewaltsam vertrieben. Ihre Häuser wurden vor ihren Augen mit Bulldozern niedergerissen. Noch heute leben viele der Bewohner Tabacos als Binnenflüchtlinge.⁴¹ Von den 100 Familien mit denen Cerrejón einst verhandelte, sind nur noch 20 übrig geblieben. Viele leben in einer extremen Armutssituation, verstreut in Venezuela, in La Guajira, in Cesar und anderen Regionen.⁴² So kann auch Emilio Ramón Pérez Díaz seine Kinder nicht mehr auf die Universität schicken. Da ihm innerhalb eines Tages seine Farm, seine Tiere und sein Besitz genommen wurden, lebt er heute in Armut und mit schweren Gesundheitsschäden, welche er auf den Kohlestaub zurückführt.⁴³

Auf internationalen Druck hin wurde im Dezember 2008 ein Abkommen zwischen den Betroffenen und Cerrejón unterzeichnet. Innerhalb dieses Abkommens verpflichtet sich Cerrejón ein neues Stück Land für die Neuansiedlung der Gemeinde bereitzustellen und Betroffene zu entschädigen. Doch leider wurde dies bis heute nicht umgesetzt. Obwohl bereits 2002 ein Urteil des Gerichtshofes in Bogotá erklärte, dass die Gemeinde innerhalb von drei Tagen umgesiedelt werden müsse und obwohl dieser Fall an die OECD Kontaktstellen weitergegeben wurde und es zu dieser Zeit internationale Begleitung gab,

hat die Gemeinde bis heute keinen neuen Ort zum Leben erhalten.⁴⁴

Auch hier kann nicht von einer nachhaltigen Entwicklung der Region gesprochen werden. Zumal nicht nur die Lebensgrundlage der Bewohner, sondern die gesamte Sozialstruktur der Gemeinde zerstört wurde. Das Unternehmen Cerrejón versuchte einige der Anführer für viel Geld zu kaufen.⁴⁵ Dies sorgte für Zwiespalt unter den Bewohnern und teilte letztendlich die ganze Gemeinde.

Dass der Zusammenhalt und die Selbstorganisation einer Gemeinde in den Verhandlungen mit Cerrejón eine bedeutende Rolle spielen kann, zeigt das Beispiel der indigenen Gemeinde Tamaquito, welche im August 2013 von Cerrejón umgesiedelt wurde.

2.2.2 Die Umsiedlung von Tamaquito

Im Jahre 2010 war Tamaquito nur noch vier Kilometer von der Mine Cerrejón entfernt. Früher lebte diese Gemeinde auf 5.058,571 ha. Im Jahre 2010 waren davon nur noch 10,117 ha übrig geblieben.⁴⁶ Da das Unternehmen die umliegenden größeren Bauernbetriebe aufkaufte, gingen den Dorfbewohnern viele Arbeitsmöglichkeiten verloren. Das aufgekaufte Land lag nun größtenteils brach, während die Dorfbewohner kaum noch Land zum Leben hatten. Zusätzlich wurde der Boden durch die Umweltverschmutzungen unfruchtbar und die Bewohner wurden durch die Ausbreitung der Mine von Schulen, Krankenhäusern und Nachbarn abgeschnitten. Der Zugang zum Fluss wurde ihnen verweigert. Wollten sie Jagen oder Fische fangen, wurden sie von dem Sicherheitspersonal der Mine festgenommen. Das Wasser war verschmutzt und die Gesundheit der Menschen und Tiere war stark gefährdet. Viele Bewohner beklagten, dass die Mine sie aushungern wolle, bis sie das Land verlassen oder billig verkaufen.⁴⁷

Die Verhandlungen im Falle Tamaquito zogen sich insgesamt neun Jahre hin, bevor die Gemeinde ein neues Stück Land erhielt. Auch die Nachbargemeinden Roche, Chancleta und Patilla mussten bereits der Mine weichen. In Roche begannen die ersten Verhandlungen bereits 1997 und dauern bis heute (2014) an. Der Lehrer, Nilson Ramírez aus Tamaquito beschrieb 2010, während eines Interviews mit Stephan Suhner von der Arbeitsgruppe Schweiz Kolumbien:

„Diese sechs Jahre der Ungewissheit, der Diskriminierung durch Cerrejón, sechs Jahre ohne zu wissen, wo wir unsere Lebensweise und Kultur weiter führen können, das hat uns gezeichnet. Die Leute sind müde, aber auch misstrauisch.“⁴⁸

In den ersten Verhandlungen forderte die Gemeinde 1000 ha Land. Später waren es nur noch 500 ha. Letztendlich wurden ihnen 300 ha zugestanden.⁴⁹ Obwohl dies sehr wenig

ist, um die traditionelle Lebensweise und Kultur aufrecht zu erhalten, ist es nach Nilson Ramiréz besser als nichts. Die Umweltverschmutzung hatte den vorherigen Ort unbewohnbar gemacht und viele Indigene sahen eine Umsiedlung als notwendig an. Im Gegensatz zu anderen Gemeinschaften wurden jedoch in Tamaquito keine Einzelverträge abgeschlossen. Lediglich ein Umsiedlungsvertrag für das gesamte Dorf wurde zwischen dem Unternehmen Cerrejón und den Bewohnern Tamaquitos verhandelt.⁵⁰ Durch diese Selbstorganisation der Gemeinde und die Unterstützung der Nichtregierungsorganisationen (NGO) „InDePaz“ und „Fuerza de Mujeres Wayúu“ konnte die Gemeinde ihre Forderungen und Interessen besser durchsetzen.⁵¹ Im Vergleich zu anderen Dörfern hat Tamaquito beispielsweise Land erhalten und ihre Häuser sind der traditionellen Bauweise der Wayúu nachempfunden. Außerdem wurde das neue Gebiet als Schutzgebiet anerkannt, was die Rechte der Wayúu gegenüber dem Konzern weiter stärkt.

Das Unternehmen Cerrejón verkauft Tamaquito gerne als Model einer perfekten Umsiedlung, doch trotz dieser Erfolge weist der Verhandlungsprozess und auch das Resultat erhebliche Mängel auf. Die Kommunikation mit dem Konzern ist unzureichend. Anscheinend ist Cerrejón nicht in der Lage, Vertragsinhalte für alle Parteien verständlich zu kommunizieren und Vertrauen zu schaffen. So beschreibt auch Nilson Ramiréz aus Tamaquito:

„Cerrejón hat uns nie gefragt, was wir wirklich wollen und ob wir mit der Mine einverstanden sind. Aber auch nun im Umsiedlungsprozess werden wir nicht genügend konsultiert, die Baufirma für die Häuser, die Consultingbüros die für Cerrejón Studien machen, die werden einfach von der Mine vorgegeben. Wir haben auch keine Mitsprache in den Studien, die über uns gemacht werden, z.B. die Haushaltserhebung. Dies ist wichtig, um zu wissen, was für ein Lebensniveau am neuen Ort erreicht werden muss.“⁵²

Doch das größte Problem für die Dorfgemeinschaft am neuen Ort ist und bleibt das Wasser. Im Gegensatz zum alten Ort gibt es am neuen keine natürliche Wasserquelle. Das Unternehmen verpflichtete sich daher eine ausreichende Wasserversorgung sicher zu stellen. Tatsächlich gab es Bohrungen, die zumindest für eine Versorgung aus dem Wasserhahn und für die Toilette ausreichte. Für eine Versorgung der Felder reicht das Wasser jedoch nicht aus. So sind bis jetzt alle Versuche, das Land zu bewirtschaften gescheitert, da die Pflanzen vertrockneten.⁵³ Ebenso trocknet die Bohrung in die nächste wasserführende Schicht bei sehr trockenem Wetter regelmäßig aus. In dem halben Jahr am neuen Ort ist die Wasserversorgung bereits zwei Mal ausgefallen.⁵⁴ Zusätzlich hat sich herausgestellt, dass in den anderen in der Nähe umgesiedelten Dörfern (Roche, Chancleta, Patilla) das gleiche Problem besteht. Das Unternehmen wusste also bereits,

dass in der Region ein großes Problem mit Wasser besteht, denn auch die anderen Gemeinschaften können ihr Land nicht bebauen und in Chacleta ist das bereitgestellte Wasser nicht trinkbar.⁵⁵ Die Leute müssen sich ihr Wasser kaufen.

Auch die Unterkünfte und die Stromversorgung bleiben nicht kostenfrei. Später müssen die Bewohner Miete, Strom und Wasser bezahlen. Hierfür stellt Cerrejón den Dorfbewohnern Workshops, die sogenannte „Comercialización“ (Kommerzialisierung), bereit. Viele Gemeinschaften sind auch bereit mehr über Bankwesen und Unternehmensführung zu lernen. Doch erwecken die schlechten Partizipations- und Konsultationsmechanismen im Verhandlungsprozess und die verbleibenden Probleme den Anschein, dass Cerrejón hier gerne den kostengünstigsten Weg geht, ohne die traditionelle Lebensweise der Indigenen genügend zu respektieren oder mit einzubeziehen. Dabei missachtete das Unternehmen festgeschriebene nationale Gesetze und Gerichtsbeschlüsse. Jens Schanze beschreibt aus seinen Erfahrungen, während der Dreharbeiten zur Umsiedlung der indigenen Gemeinde von Tamaquito:

„Es sind nicht immer nur offensichtliche Menschenrechtsverletzungen, denen man hier begegnet; aber es ist einfach eine Missachtung der Würde von Menschen, die [...] anders Leben als das unseren Vorstellungen entspricht und die allein deswegen herablassend behandelt werden.“⁵⁶

Noch heute kämpfen die Bewohner, um die Einhaltung der von Cerrejón gemachten Versprechungen. Dabei hat die indigene Gemeinschaft aus Tamaquito bereits angekündigt wieder an den alten Ort zurück zu gehen, sollte sich das Wasserproblem nicht lösen.

2.3 Fazit

Solche Vertreibungen wie in Tabaco sind heute nur noch schwer vorstellbar. Zu groß sind der internationale Druck und der Imageverlust für den Konzern. Dem ist sich Cerrejón durchaus bewusst und startete sein ausgeweitetes „Corporate Social Responsibility“ (CSR) Programm. Innerhalb dieses Programmes finanziert der Konzern vier Stiftungen zum Thema Wasser, Entwicklung indigener Gemeinden in La Guajira, Fortschritt in La Guajira sowie Stärkung von Institutionen.⁵⁷ Ebenso wurde dem Firmenlogo die Bemerkung „Minería Responsable“ (Verantwortungsbewusster Bergbau) hinzugefügt. Diese geschickte PR Strategie soll nach Einschätzung von Petra Langheinrich auch dafür sorgen, *„dass die Umweltzerstörung und andere Menschenrechtsverletzungen, [...] überhaupt nicht so wahr genommen werden“*.⁵⁸ Die meisten Umweltzerstörungen und Menschenrechtsverletzungen im Bereich der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte finden im Zusammenhang mit den Themen Wasser und indigene

Gemeinden statt. Die Situation hat sich durch die Gründung der Stiftungen bis heute nicht verbessert.

Mit Blick auf die staatlichen Institutionen muss festgehalten werden, dass die Region La Guajira unter außergerichtlichen Hinrichtungen und Massakern gelitten hat. Der ehemalige Gouverneur sitzt wegen mehrfachen Mordes im Gefängnis und die Bürgermeisterin eines Kohlelandkreises wurde 2012 umgebracht.⁵⁹ Es gibt eine hohe Korruption, die staatlichen Strukturen sind schwach und ihre Unabhängigkeit lässt sich in Frage stellen. Diese Situation macht es für das Unternehmen sehr leicht, Einfluss auf den Staat auszuüben. Zumal der Konzern Cerrejón bis 2000 durch seine Partner und Tochterfirmen im Besitz von 50% des kolumbianischen Staatsgebietes war.⁶⁰ Im Gegensatz dazu besitzen staatliche Umweltinstitutionen ein sehr geringes Budget, das ihnen eine Kontrolle über die Umweltschäden durch Bergbauaktivitäten nahezu unmöglich macht. Andererseits arbeiten diese Umweltinstitutionen oftmals eng mit dem Unternehmen zusammen und sprechen von Cerrejón als ihren Klienten.⁶¹

Innerhalb dieser angespannten politischen Situation und angesichts der in der Entwicklung steckenden Institutionen, hat der Konzern staatliche Funktionen übernommen. Das gesamte Ausbildungs-, Transport- und Gesundheitswesen ist eng mit Cerrejón verbunden⁶², was die Unabhängigkeit dieser Institutionen in Frage stellt. So beschreibt Jaime Enrique Soto Uriana, Gouverneur des Reservats Provincial in der Gemeinde Barrancas, Guajira und Angehöriger des Wayúu-Stammes:

„Täglich gibt es Explosionen, um die Kohleschichten freizulegen. Der Lärm Tag und Nacht beeinträchtigt unsere Erholung, wir schlafen schlecht und sind gestresst. Niemand erkennt aber diese Krankheiten an, die Ärzte und das Spital sind von Cerrejón bezahlt und trauen sich nicht, die Wahrheit zu sagen.“⁶³

Auch wenn es sich hierbei um Vermutungen handelt, die juristisch schwer nachweisbar sind, macht es den Anschein, dass sich Cerrejón zu einem Staat im Staate entwickeln könnte. Bei Räumungen von Dörfern wurden bewaffnete Zivilpersonen gesehen. Anderen Aussagen zu Folge haben sich Paramilitärs in der Umgebung und in der Mine aufgehalten oder dort trainiert. Außerdem unterstützt Carbones del Cerrejón S.A. lokale Armeeeinheiten mit Naturalien und Logistik.⁶⁴

Von einer nachhaltigen Entwicklung und Stärkung institutioneller Strukturen kann hier nicht die Rede sein. Stattdessen weist das Unternehmen eine schlechte Umwelt- und Menschenrechtsbilanz auf. Trotzdem gehört es zu den Lieblingslieferanten deutscher Energiekonzerne. Nicht zuletzt, da Steinkohle aus Kolumbien im weltweiten Vergleich zu den billigsten gehört.

3. Die Verantwortung deutscher Energiekonzerne

Der Energieriese RWE ist der drittgrößte Stromanbieter Europas. In Deutschland ist die RWE AG, mit Hauptsitz in Essen, der größte Stromanbieter.⁶⁶ Hinzu kommen Standorte in Ungarn, Polen, Tschechien und der Slowakei. Statt jedoch „voRWEg“ zu gehen, produzierte der Energiekonzern 2012 immer noch 72% seines Stroms in Deutschland aus Braun- und Steinkohle. Nur ca. ein Prozent der in Deutschland produzierten 152,5 Mrd. kWh kamen aus erneuerbaren Energiequellen.⁶⁷ Damit gehört RWE europaweit zu den größten Treibhausgasproduzenten. In Deutschland ist die für die Stromerzeugung zuständige RWE Power an 14 Steinkohlekraftwerksblöcken beteiligt. Der größte Anteil der Steinkohle kam mit 29% aus Kolumbien. Zusätzlich hat sich der Konzern Kraftwerkskapazitäten anderer Betreiber wie beispielsweise STEAG und E.ON vertraglich gesichert. Der Energiekonzern E.ON bezog 2013 insgesamt ca. 24.000 kt Kohle, davon stammte der größte Teil mit 6.023 kt aus Kolumbien.⁶⁸ Die ehemalige „Steinkohle Elektrizitäts AG“ heute STEAG bedient hauptsächlich Großkunden wie RWE und EnBW sowie das Stadtwerke Konsortium Rhein-Ruhr. STEAG betreibt selbst ein Steinkohlekraftwerk auf den Philippinen sowie in der Türkei und Kolumbien. Auf Nachfrage der Organisationen FIAN und Urgewald gaben alle der genannten Energiekonzerne an, Steinkohle aus der Mine Cerrejón erhalten zu haben.⁶⁹ So schildert EnBW 2011 in einem Brief an die Bundestagsabgeordneten Ute Koczy und Oliver Krischer:

„Die kolumbianischen Kohlen stammen aus den Gruben Cerrejón [...], aus der Grube Calenturitas/Prodeco [...] sowie aus der Grube La Lomas, die zum amerikanischen Bergbauunternehmen Drummond gehört.“⁷⁰

Dabei ist den Energiekonzernen durchaus bewusst, welche Konsequenzen der Kohleabbau in den Partnerländern haben kann. Auf der Webseite des Unternehmens E.ON wird im Bereich Nachhaltigkeit beschrieben, dass der Abbau von Steinkohle ökologische Schäden und negative Auswirkungen auf Menschen- und Arbeitsrechte hervorrufen kann.⁷¹ Nicht zu Letzt aufgrund dessen und der kritischen Berichterstattung von betroffenen Gemeinschaften, Umweltverbänden und entwicklungspolitischen NGOs gründeten RWE, E.ON, Vattenfall und die internationalen Energieversorger Électricité de France, GDF Suez, Enel und Dong Energy die „Bettercoal“ Initiative. Heute wird von Seiten der Unternehmen in Bezug auf die Problematik des Kohleabbaus immer wieder auf diese Initiative verwiesen. Ebenso verweisen die Konzerne auf die Einhaltung der international anerkannten Prinzipien des UN Global Compact und der OECD Leitlinien für multinationale Unternehmen. Die Leitprinzipien des Global Compacts betonen, dass alle Unternehmen weltweit Menschenrechte respektieren müssen und einer Sorgfaltspflicht unterliegen, die sich auf die gesamte Wertschöpfungskette bezieht. Bei den OECD-Leitsätzen wird den Unternehmen empfohlen, die Prinzipien der verschiedenen Bereiche

zu Menschenrechten, Arbeits- und Sozialstandards, Umweltschutz, Transparenz und Verbraucherschutz innerhalb ihrer gesamten Wertschöpfungskette umzusetzen. Zusätzlich veröffentlichte die Bundesregierung ihre Corporate Social Responsibility Strategie. Doch sind diese Instrumente wirklich ausreichend, um multinationale Konzerne transparenter zu machen und für Verstöße gegen jene Prinzipien in die Verantwortung zu ziehen, wenn doch allen Initiativen gemein ist, dass sie keinen rechtlich verbindlichen Rahmen darstellen und somit auch keine Sanktionsmöglichkeiten beinhalten, sollten die Prinzipien nicht eingehalten werden?

3.1 Die „Bettercoal“ Initiative

Die „Bettercoal“ Initiative wurde 2012 als eine Non-Profit-Organisation von den Energiekonzernen selbst gegründet. Langfristig ist vorgesehen, die „Bettercoal“-Initiative als ein Gütesiegel für einen nachhaltigen und sozialverträglichen Kohleabbau international zu etablieren. Nach vorheriger Prüfung können die Siegel dann an Kohleproduzenten vergeben werden. Ziel ist eine Verbesserung der sozialen, ethischen und umwelttechnischen Praktiken der Unternehmen selbst, sowie innerhalb ihrer Lieferketten.⁷² Dem 2013 veröffentlichten „Bettercoal Code“ zur Folge ist die Vision *„eine Lieferkette für Kohle, die die Umwelt schützt, Menschenrechte respektiert und einen Beitrag leistet zur Lebensgrundlage der Arbeiter und Gemeinschaften“*.⁷³

Doch große Veränderungen werden von NGOs nicht erwartet. Insbesondere die intransparente Lieferkette war einer der Hauptkritikpunkte. Der von der Bundesregierung berufene Rat für nachhaltige Entwicklung forderte bereits 2001 die Unternehmen auf ihre Daten offenzulegen.⁷⁴ Doch auch die „Bettercoal“ Initiatoren weigern sich bis heute, die Informationen über die minenspezifische Herkunft der Kohle zu veröffentlichen.⁷⁵ Dies ist nicht sonderlich verwunderlich, wenn man sich die Entscheidungsgremien innerhalb der „Bettercoal“ Initiative etwas genauer anschaut. Der Management Direktor Dr. Martin Christie arbeitete vorher bei Shell, BHP Billiton und Katanga Mining und der gesamte Vorstand besteht aus Vertretern der Gründungsmitglieder.⁷⁶ Selbst in dem Beratungsgremium sitzen drei Vertreter der Bergbauunternehmen Glencore, Xtrata und Rio Tinto Energy.⁷⁷ Hinzu kommt eine Universitätsdozentin, die vorher bei Cerrejón gearbeitet hat und eine Vertreterin der Organisation Fauna und Flora, welche unter dem Patronat der britischen Krone steht. Weitere drei Plätze gehen an einen Vertreter einer Zertifizierungsorganisation für extraktiven Industrien, einen Gewerkschafter und einen Vertreter der niederländischen NGO Pax Christi. Wer sich hier letztendlich durchsetzen wird, scheint bei dieser Aufstellung klar zu sein.

Zu einer höheren Transparenz der Lieferkette hat die Initiative bis jetzt nicht beitragen können. Zudem müssten für die Vergabe eines Gütesiegels verpflichtende Kriterien

formuliert werden, Monitoring Instrumente etabliert und die Ergebnisse regelmäßig veröffentlicht werden. Doch auch hierzu hat die „Bettercoal“ Initiative noch keine konkrete Stellungnahme abgegeben. So wurde auch dieser Initiative bereits vorgeworfen lediglich „green-washing“ zu betreiben.⁷⁸

3.2 „Corporate Social Responsibility“

Von Seiten der Bundesregierung wurde am 6.10.2010 der „Aktionsplan Corporate Social Responsibility (CSR)“ veröffentlicht. Anhand dieser CSR-Strategie sollte ein Rahmen geschaffen werden, der es ermöglicht, die Entfaltung der Marktwirtschaft und Handlungsfreiheiten mit aktiver, gesellschaftlicher Verantwortungsübernahme von Seiten der Unternehmen zu kombinieren. So schildert der Bericht:

„Mit der Entwicklung einer Nationalen Strategie zur Förderung der gesellschaftlichen Verantwortung von Unternehmen (Corporate Social Responsibility, CSR) soll ein Beitrag zur Bewältigung der zentralen Herausforderungen in einer globalisierten Welt des 21. Jahrhunderts geleistet werden. Gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen gehört in Deutschland zu den Grundelementen der Sozialen Marktwirtschaft.“⁷⁹

Doch nicht nur die Verantwortung der Wirtschaft auch der Dialog mit Politik und Zivilgesellschaft soll gefördert werden, um so „eine nachhaltige, wirtschaftlich stabile, sozial ausgewogene und umweltverträgliche Entwicklung der Wirtschaft“ zu unterstützen.⁸⁰ Die Konzerne übernehmen hierbei unter anderem gesellschaftliche Verantwortung in dem sie mit natürlichen Ressourcen schonend und effizient umgehen, Transparenz hinsichtlich ihrer Unternehmensführung herstellen, Menschenrechte und die ILO Kernarbeitsnormen wahren sowie einen Beitrag leisten, sie international durchzusetzen.⁸¹ Einige Energiekonzerne haben bereits den CSR Ansatz in ihre Unternehmensstrategie aufgenommen. E.ON beispielsweise identifiziert die drei Schwerpunkte: Anerkennung der Menschenrechte und Sicherstellung angemessener Arbeitsbedingungen für Mitarbeiter, Minimierung der Umweltbelastung und Anwendung hoher ethischer und moralischer Geschäftsstandards. Die Einhaltung, der untergeordneten CSR Standards gelten laut E.ON auch für Zulieferer.

„Alle Geschäftspartner und Lieferanten von E.ON sind verpflichtet, mindestens diese Grundsätze und die relevanten Gesetze der Länder, in denen sie tätig sind, zu beachten.“⁸²

Obwohl Cerrejón die von E.ON formulierten Grundsätze nicht einhält, stellt der Pressesprecher des Konzerns explizit die guten Beziehungen zum deutschen

Kraftwerksbetreiber heraus.⁸³ Oftmals argumentieren die Energiekonzerne, dass sie die Steinkohle über Zwischenhändler beziehen und daher nicht wissen, woher die Kohle im Einzelfall stammt. Dabei haben deutsche Stromversorger in vielen Fällen spezialisierte Handelstöchter wie RWE Supply & Trading oder E.ON Energie Trading, welche die Funktion eines Zwischenhändlers übernehmen und stehen somit auch in direkten Handelsbeziehungen mit den Bergbaukonzernen.⁸⁴

Weitere Zwischenhändler sind beispielsweise die Deutsche Bank, Goldman Sachs, J.P. Morgan sowie das Schweizer Unternehmen Glencore.⁸⁵ Der Handelsweg von den Kohleproduzenten in Kolumbien über die Zwischenhändler bis zum Kraftwerksbetreiber ist also überschaubar, denn auch der Steinkohlemarkt ist stark konzentriert in den Händen einflussreicher Teilnehmer.

In Bezug auf den Dialog zwischen Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft scheint es ebenfalls Probleme zu geben. Nach Angaben einer Studie der NGO DanWatch führte Vattenfall bei seiner Prüfung der Mine Cerrejón Gespräche mit Repräsentanten der Energiekonzerne und zentraler Behörden, vermied jedoch bewusst Gespräche mit zivilgesellschaftlichen Organisationen. Darauf antwortete Jørgen Nielson, Head of Strategy:

„Wenn wir sagen, dass wir Kontakt mit zivilgesellschaftlichen Organisationen haben, bezweifle ich, dass es uns erlaubt wäre, die Mine zu besichtigen.“⁸⁶

Die Konzerne entscheiden also letztendlich selbst, ob sie gesellschaftliche Verantwortung übernehmen und in welchem Rahmen. Fraglich bleibt dabei, ob der Staat seine gesellschaftliche Verantwortung auf freiwilliger Basis an Unternehmen abgeben sollte, die ausschließlich einer gewinnorientierten Marktlogik folgen. Denn wie dieser Rahmen gestaltet wird, hängt dem Anschein nach auch von einer Kosten-Nutzen Analyse ab, bei der Wirtschaftsinteressen vor Menschenrechten und Umweltschutz stehen.

3.3 Fazit

Dennoch setzt die derzeitige Bundesregierung weiter auf das freiwillige Engagement der Unternehmen. Am 17.03.2014 reichte die Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen eine Anfrage zur Unternehmensverantwortung in der globalen Lieferkette ein. Innerhalb dieser kleinen Anfrage wurden auch nach Sanktionsmöglichkeiten für Unternehmen gefragt, die Arbeitsnormen der ILO Konvention oder Menschenrechte verletzen. Die Bundesregierung antwortete mit Bezug auf die OECD-Leitsätze:

„Die Bundesregierung setzt darauf, dass die Unternehmen freiwillig und aus eigener Verantwortung gesellschaftliche Verantwortung übernehmen. Sie setzt

*sich daher für eine möglichst breite Wahrnehmung und Anwendung der OECD
Leitsätze für multinationale Unternehmen ein.“⁸⁷*

Sicherlich ist es nicht auszuschließen, dass die auf Freiwilligkeit basierenden Instrumente für punktuelle Verbesserungen gesorgt haben. Doch viele Bergbaukonzerne und Rohstoffimporteure weisen ihre Verantwortung mit Bezug auf die Zuständigkeit des Staates im Abbauland zurück. So könnte auch Cerrejón mehr zu der Entwicklung der Region beitragen. Ein Gemeindevertreter formulierte gegenüber Petra Langheinrich:

„Es ist ja schön, dass sie (Cerrejón) zu uns kommen und uns dann Fußbälle verteilen, aber was bringt mir das, wenn sie mir gleichzeitig mein Land wegnehmen.“⁸⁸

Dennoch erlangte das Unternehmen Cerrejón im Jahre 2008 einen Platz unter den ersten drei Konzernen, die von der Konrad-Adenauer Stiftung und der Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ) für besonderes Friedensengagement ausgezeichnet wurden.⁸⁹ Begründet wurde dies mit den von Cerrejón etablierten Stiftungen, dem hohen Lohnniveau innerhalb des Konzerns und dem hohen Anteil gewerkschaftlich organisierter Mitarbeiter. Dabei berichteten die Verhandlungsführer der Cerrejón Gewerkschaft, Sintracarbón, dass sie während Tarifverhandlungen Morddrohungen erhielten und auch ihre Familien bedroht wurden.⁹⁰ Aussagen zu Folge wurden bewaffnete Männer in der Nähe ihrer Häuser gesichtet.

Eine Beschwerde über die Verstöße gegen die OECD Leitsätze durch Xtrata und das Unternehmen Carbones del Cerrejón wurden bereits 2007 von der Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien bei der Kontaktstelle SECO eingereicht. Nach fast zwei Jahren der Verhandlungen unternahm Cerrejón eine „Third Party Review“ seiner Corporate Social Responsibility Aktivitäten und der Sozialpolitik im Umgang mit den Gemeinden. Das Ergebnis für die Gemeinden war ernüchternd. Insgesamt wurden lediglich 24 weitere Empfehlungen ausgesprochen.

4. Schluss und Empfehlungen an die Bundesregierung

Zusammenfassend ist festzustellen, dass die „Entwicklungslokomotive Bergbau“ in Kolumbien sich auf den Export von Primärgütern, wie beispielsweise Kohle, in die westlichen Industriestaaten beschränkt. Daher sind auch jene westlichen Industriestaaten und ihr auf ständigem Wachstum basierendes Wirtschaftssystem, welches sich mit der Endlichkeit natürlicher Ressourcen nicht vereinbaren lässt, in die Verantwortung zu ziehen. Der Wunsch vieler Entwicklungs- und Schwellenländer den westlichen und nördlichen Konsummustern zu folgen, ist verständlich, doch die verursachten negativen Effekte sind schon heute untragbar geworden.

Zudem sagt Wachstum gemessen an der Steigerung des Bruttoinlandsproduktes (BIP) nichts über die Verteilung von Wohlstand oder die Zufriedenheit einer Gesellschaft aus. Im Gegenteil führte dieses Wachstum zu einer hohen Einkommenskonzentration und erheblichen Umweltbelastungen, da die Jagd auf Ressourcen immer sensiblere Ökosysteme, wie Regenwälder und Meeresböden betrifft.

Der Kohleabbau in La Guajira, Kolumbien, ist hierfür ein Paradebeispiel. Während das multinationale Unternehmen Cerrejón Milliarden Einnahmen generiert, lebt die Bevölkerung in der Region in Armut und leidet unter massiver Umweltverschmutzung sowie Menschenrechtsverletzungen. Die Steigerung des BIP hat nicht zu einer Verbesserung der Lebensbedingungen in der Region geführt und leistet keinen Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung. Insbesondere in Bezug auf die Konsultations- und Entschädigungsmechanismen für betroffene indigene und afrokolumbianische Gemeinschaften, lässt sich eine unzureichende Kommunikation und mangelhafte Einbeziehung der kulturellen Lebensweise dieser Gemeinschaften feststellen. Dies wird von den Betroffenen als Respektlosigkeit empfunden und führt zu einem hohen Konfliktpotenzial innerhalb der Beziehung zwischen Unternehmen und Betroffenen.

Das Unternehmen missachtet hierbei auch nationale Gesetzgebung und internationale Abkommen zur Unternehmensverantwortung. Trotzdem beziehen deutsche Energiekonzerne, ungeachtet ihrer selbst formulierten Prinzipien und Leitsätze, weiterhin einen großen Teil ihrer Steinkohle vom Unternehmen Cerrejón. Die auf Freiwilligkeit basierenden Initiativen wie „Bettercoal“ oder „Corporate Social Responsibility“, ebenso wie die internationalen OECD Leitsätze oder der Global Compact scheinen hier keine ausreichenden Instrumente zu sein, um Druck auf die Unternehmen auszuüben. Daher ergeben sich für die GfbV und andere deutsche Nichtregierungsorganisationen folgende Ziele und Forderungen:

<p>A. Die Bundesregierung sollte einen verbindlichen rechtlichen Rahmen für Kohleimporte entwickeln, der eine Sorgfaltspflicht für deutsche Unternehmen gegenüber Menschenrechten und Umweltstandards festschreibt. Hierbei sollten Kohleimporte aus Post-Konfliktländer einer besonderen Prüfung unterliegen. Auch innerhalb der Europäischen Union sollte sich die Bundesregierung für diesen Rahmen stärker engagieren.</p>
<p>B. Ebenso sollte die Bundesregierung unabhängige Studien zu den menschenrechtlichen und umwelttechnischen Auswirkungen des Kohleabbaus in Kolumbien unterstützen und die zivilgesellschaftlichen Organisationen des Landes durch aktiven Austausch stärken.</p>
<p>C. Die Bundesregierung sollte sich für mehr Transparenz innerhalb der Kohlelieferketten einsetzen und auch die Angaben über die minenspezifische Herkunft der Kohle einfordern.</p>
<p>D. Die Bundesregierung sollte ein Zertifizierungsverfahren für Kohle entwickeln, welches die Einhaltung von Menschenrechten und Umweltschutz gewährleistet, sodass Kohleimporte nach Deutschland bzw. in die EU zukünftig an dieses Siegel gebunden werden können. Dabei sollten nicht nur Wirtschaftsvertreter, sondern auch Politik und Zivilgesellschaft aktiv beteiligt sein.</p>
<p>E. Langfristig muss die Bundesregierung konkrete Maßnahmen und Ziele formulieren, um den Ausstieg aus der Kohlestromgewinnung voranzutreiben. Hierzu sollte sich die Bundesregierung auch auf internationaler Ebene für den Abbau von Subventionen für fossile Energieträger einsetzen.</p>
<p>F. Die Bundesregierung sollte bei der Umsetzung der Energiewende stärker mit der Zivilgesellschaft in den Dialog treten und nicht der Industrie einen bevorzugten Zugang gewähren. Die Umsetzung transparenter Strukturen benötigt eine Einbindung von Parlamenten und Zivilgesellschaft sowie der Betroffenen aus dem globalen Süden.</p>
<p>G. Die Bundesregierung sollte die ILO Konvention 169 ratifizieren, um die Rechte der indigenen Völker zu stärken.</p>

5. Endnoten

- ¹ Verein der Kohleimporteure. Pressemitteilung (5/2013): 4
- ² Verein der Kohleimporteure. Pressemitteilung (5/2013): 6
- ³ Interview Petra Langheinrich: 36-38
- ⁴ Interview Sebastian Rötters/Powershift: 338-342
- ⁵ Contraloria (Kolumbianischer Rechnungshof) (2013): 24
- ⁶ Censo Minero 2010-2011: 26
- ⁷ FIAN 2012:18
- ⁸ Ministro de Minería y Energía (2011): 2
- ⁹ Juan Manuel Santos (2011)
- ¹⁰ Juan Manuel Santos (2011)
- ¹¹ ICER 2012: 15
- ¹² Interview Petra Langheinrich: 128-130
- ¹³ Don Mister/Manuel Contreras (2012) Rastros del Carbón/Traces of Coal
- ¹⁴ Gobernación de la Guajira 2012: 68, genaue Beschreibung der Variablen einzusehen unter:
<https://www.dnp.gov.co/LinkClick.aspx?fileticket=QEZB3EoY8Fw%3D&tabid=1192>
(07.05.2014), Übersetzung erfolgte durch Autor
- ¹⁵ Interview Petra Langheinrich: 498-500
- ¹⁶ Gobernación de la Guajira (2012): 62
- ¹⁷ Gobernación de la Guajira (2012): 62
- ¹⁸ Gobernacion de la Guajira (2012): 64
- ¹⁹ UNHCR (2014)
- ²⁰ Interview Petra Langheinrich: 318-321
- ²¹ Interview Jens Schanze: 103-106
- ²³ Don Mister/Manuel Contreras (2012) Rastros del Carbón/Traces of Coal
- ²⁴ Oscar Guariyu (2013)
- ²⁵ Jaime Enrique Soto Uriana (2011)
- ²⁶ Interview Sebastian Rötters: 151-153
- ²⁷ Gegenstrom 13
- ²⁸ Oscar Guariyu (2013)
- ²⁹ FIAN 2012: 14
- ³¹ Dan Watch (2010)
- ³² Dan Watch (2010): 9
- ³³ Dan Watch (2010): 3
- ³⁴ FIAN 2012
- ³⁵ Interview Sebastian Rötters/Powershift: 222-229
- ³⁶ Catalejo Films (2012)
- ³⁷ Interview Sebastian Rötters/Powershift: 258-260

- ³⁸ Interview Sebastian Rötters/Powershift:
³⁹ Oxfam, ONIC, CNOA (2011):13
⁴⁰ Dan Watch (2010): 7
⁴¹ Dan Watch (2010): 7
⁴² Interview Petra Langheinrich: 144-145
⁴³ Dan Watch (2010): 7
⁴⁴ Interview Petra Langheinrich: 139-143
⁴⁵ Interview Petra Langheinrich: 145-147
⁴⁶ Interview Nilson Ramirez (2010)
⁴⁷ Multiwatch verfügbar unter:
http://www.multiwatch.ch/cm_data/091106_Umsiedlungen_Cerrejn.pdf (23.04.2014)
⁴⁸ Interview Nilson Ramírez (2010)
⁴⁹ Interview Nilson Ramírez (2010)
⁵⁰ Interview Sebastian Schanze: 152-154
⁵¹ Interview Nilson Ramírez (2010)
⁵² Interview Nilson Ramírez (2010)
⁵³ Interview Jens Schanze: 212-214
⁵⁴ Interview Jens Schanze: 214-218
⁵⁵ Interview Jens Schanze
⁵⁶ Interview Jens Schanze: 344-346
⁵⁷ Cerrejón offizielle Webseite
⁵⁸ Interview Petra Langheinrich: 457-459
⁵⁹ Interview Petra Langheinrich
⁶⁰ Arbeitsgruppe Schweiz Kolumbien (ASK)(2007): 4
⁶¹ Interview Petra Langheinrich: 255-258
⁶² Interview Petra Langheinrich: 283-284
⁶³ Interview Jaime Enrique Soto Uriana (2011)
⁶⁴ Multiwatch. El Cerrejón.
⁶⁶ RWE (11/2013):5
⁶⁷ RWE (11/2013):17
⁶⁸ E.ON offizielle Webseite
⁶⁹ Urgewald/FIAN (2013): 27-31
⁷⁰ FIAN 2012: 20
⁷¹ E.ON offizielle Webseite
⁷² Bettercoal (2013): 2
⁷³ Bettercoal (2013): 2 (Übersetzung durch Autor)
⁷⁴ Urgewald/FIAN (2013): 25
⁷⁵ Urgewald/FIAN (2013): 25
⁷⁶ Bettercoal (2014a) offizielle Webseite
⁷⁷ Bettercoal (2014b) offizielle Webseite

- ⁷⁸ Urgewald/FIAN (2013):24
⁷⁹ Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2010): 7
⁸⁰ Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2010): 7
⁸¹ Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2010):35
⁸² E.ON (2007): 1
⁸³ ARD Weltspiegel (2011)
⁸⁴ Urgewald/FIAN (2013): 9
⁸⁵ Urgewald/FIAN (2013): 9
⁸⁶ DanWatch (2010): 15
⁸⁷ Deutscher Bundestag Wahlperiode 18 (2014): 9 -18
⁸⁸ Interview Petra Langheinrich: 508-510
⁸⁹ Gesamtverband Steinkohle (GVSt), offizielle Webseite
⁹⁰ Portal Amerika 21 (2013)

6. Literaturverzeichnis

Berichte, Dossier, Textdokumente

Arbeitsgruppe Schweiz Kolumbien (ASK)(2007). Eingabe beim Schweizer Nationalen Kontaktpunkt, Ressort Internationale Investitionen und multinationale Unternehmen, Staatssekretariat für Wirtschaft SECO. Verletzung der OECD-Leitsätze für Multinationale Unternehmen durch Xstrata und die lokale Betriebsgesellschaft Carbones del Cerrejón. Verfügbar unter:

http://www.askonline.ch/fileadmin/user_upload/documents/Thema_Wirtschaft_und_Menschenrechte/Unternehmensverantwortung/OECD_Eingabe_Cerrejon_Xstrata.pdf (07.05.2014).

Bettercoal (6/2013). Bettercoal Code. Version. Verfügbar unter: bettercoal.org/docs/Bettercoal-Code-Version-1-Final.pdf (07.05.2014).

Bundesministerium für Arbeit und Soziales(2010) Nationale Strategie zur gesellschaftlichen Verantwortung von Unternehmen (Corporate Social Responsibility – CSR) – Aktionsplan CSR –der Bundesregierung. Verfügbar unter: http://www.csr-in-deutschland.de/fileadmin/user_upload/Downloads/BMAS/CSR_Konferenz/Aktionsplan_CSR.pdf (07.05.2014).

Dan Watch (2010). The Course of Coal. Our coal consumptions causes disease, pollution, and poverty in Colombia. Verfügbar unter:

http://www.multiwatch.ch/cm_data/100505_danwatch_cerrejon.pdf (06.05.2014).

Deutscher Bundestag 18. Wahlperiode (4.04.2014). Antwort der Bundesregierung auf die

kleine Anfrage der Abgeordneten Uwe Kekeritz, Claudia Roth(Augsburg), Beate Müller-Gemmeke weiterer Abgeordneter und der Fraktion Bündnis 90/die Grünen. Drucksache 18/1044.

E.ON (2007). Grundsätze für verantwortungsvolle Beschaffung. Verfügbar unter: http://www.eon.com/content/dam/eoncom/de/downloads/e/E.ON_Grundsaeetze_fuer_eine_verantwortungsvolle_Beschaffung__bei_E.ON_DEU.pdf (07.05.2014).

FIAN (2012). Schwarze Löcher in der Unternehmensverantwortung. Deutschlands Steinkohleimporte aus Kolumbien und die Folgen für die Menschenrechte. Verfügbar unter : http://www.gegenstrom13.de/wp-content/uploads/2013/01/FIAN-Studie_Kohle-Kolumbien.pdf (06.05.2014).

Gobernación de la Guajira. Departamento Administrativo de Planeación (2012). Plan de Desarrollo 2012-2015. „La Guajira Primero“. Verfügbar unter: <http://educon.javeriana.edu.co/ofi/documentos/regionalizacion/Planes%20Desarrollo%20OHZ/Departamentos%20-%20Planes%20de%20desarrollo/GUAJIRA%20-%20La%20Guajira%20Primero,%20Plan%20de%20Desarrollo%20-%202012-2015.pdf> (06.05.2014).

Informe de Coyuntura Económica Regional (ICER)(2012). La Guajira. Verfügbar unter: http://www.dane.gov.co/files/icer/2012/ICER_laguajira_2012.pdf (06.05.2014).

Ministerio de Minas y Energía (2011). Desde La Colombia Minería. Adressing the illegal exploitation of minerals. A great challenge for the colombian state. Bolletin No. 23.

Verfügbar unter:

http://www.minminas.gov.co/minminas/downloads/UserFiles/File/Minas_%20Anllela/Boletines/boletin%2023/Boletin_23_ingles_v2.pdf (07.05.2014).

Oxfam, Organizacion Nacional Idígena de Colombia (ONIC), Conferencia Nacional de Organizaciones Afrocolombianas (CNOA)(2011). Sistematización de Proceso de Consulta Previa en Colombia.

RWE (11/2013). Facts and Fictures. Verfügbar unter:

https://www.rwe.com/web/cms/mediablob/en/108808/data/114404/49/rwe/investor_relations/factbook/Facts-Figures-2013.pdf (07.05.2014).

Urgewald/FIAN (2013). Bitter Coal. Ein Dossier über Deutschlands Steinkohleimporte.

Verfügbar unter: http://kohleimporte.de/fileadmin/user_upload/bittercoal_1_15_13.pdf (06.05.2014).

Verein der Kohleimporteure. Pressemitteilung 5/2013 zum Weltsteinkohlemarkt 2013.

Verfügbar unter:

http://www.vereinkohlenimporteure.de/download/2013/PM%205_2013_final%202_m.Abb_10.12.2013.pdf (06.05.2014).

Internetseiten, Online-Artikel

Bettercoal (2014a), offizielle Webseite. Board of Directors. Verfügbar unter:

<http://bettercoal.org/board-of-directors.aspx> (07.05.2014).

Bettercoal (2014b), offizielle Webseite. Stakeholder Advisory Group. Verfügbar unter:

<http://bettercoal.org/stakeholder-advisory-group.aspx> (07.05.2014).

Cerrejón, offizielle Webseite. Sustainable Development. Cerrejón Foundations System.

Verfügbar unter: <http://www.cerrejon.com/site/english/sustainable-development-%E2%80%A2-socialresponsibility/cerrejon-foundations-system.aspx> (07.05.2014).

E.ON, offizielle Webseite. Verbesserung der Kohlelieferkette. Verfügbar unter:

<http://www.eon.com/de/nachhaltigkeit/governance-und-integritaet/nachhaltigebeschaffung/kohle.html> (07.05.2014).

Gegenstrom13 (2012). Rio Rancheria. Aktuelle Meldung: Umverlegung vorerst gestoppt.

Verfügbar unter: <http://www.gegenstrom13.de/kolumbien/protest-und-widerstand/rio-rancheria/> (07.05.2014).

Gesamtverband Steinkohle e.V. (GVSt). El Cerrejón. Verantwortlicher Bergbau in

Kolumbien. Verfügbar unter: <http://www.gvst.de/site/steinkohle/steinkohle2013/El-Cerrejon-Verantwortlicher-Bergbau-in-Kolumbien.html> (07.05.2014).

Multiwatch. El Cerrejón. Verfügbar unter: <http://www.multiwatch.ch/de/p97000740.html> (07.05.2014).

Portal Amerika 21. Nachrichten und Analysen aus Lateinamerika und der Karibik (1/2013).

Konflikt um Steinkohle aus Kolumbien. Arbeitskampf im Tagebau El Cerrejón.

Energiekonzerne EON und Vattenfall in der Kritik. Verfügbar unter:

<http://amerika21.de/2013/01/76330/steinkohleaus-kolumbien> (07.05.2014).

UN Refugee Agency (UNHCR)(2014). Country Operations Profile – Colombia. Verfügbar

unter: <http://www.unhcr.org/cgi-bin/texis/vtx/page?page=49e492ad6&submit=GO> (07.05.2014).

Interviews, Vorträge

Jaime Enrique Soto Uriana (2011). Gobernador des Resguardo Provincial, der Wayúu. Durchgeführt von Stephan Suhner/Arbeitskreis Schweiz-Kolumbien. Verfügbar unter: <http://www.askonline.ch/themen/wirtschaft-und-menschenrechte/bergbau-und-rohstoffkonzerne/elcerrejon-und-xstrata/die-kohlenmine-hat-unsere-lebensgrundlagen-zerstoert/> (06.05.2014).

Jens Schanze, MaschaFilm. Durchgeführt von Anke Polkowski/Gesellschaft für bedrohte Völker am 21.2.2014.

Manuel Santos (2011). Vortrag an der London School of Economics and Political Science zum Thema „Prosperity for All“. Verfügbar unter: <http://www.lse.ac.uk/newsAndMedia/videoAndAudio/channels/publicLecturesAndEvents/player.aspx?id=1261> (06.05.2014).

Nilson Ramirez (2010). Lehrer des indigenen Dorfes Tamaquito. Durchgeführt von Stephan Suhner/Arbeitskreis Schweiz-Kolumbien. Verfügbar unter: http://www.askonline.ch/fileadmin/user_upload/documents/Thema_Wirtschaft_und_Menschenrechte/Bergbau_Rohstoff/Glencore_Kolumbien/Interview_Nilson_Ramirez.pdf (06.05.2014).

Sebastian Rötters, Organisation Powershift. Durchgeführt von Anke Polkowski/Gesellschaft für bedrohte Völker am 24.2.2014.

Oscar Guariyu, Wayúu Gemeinde Vertreter (2013). Rede vor der RWE Hauptversammlung. Verfügbar unter: <https://urgewald.org/sites/default/files/rede.oscar.pdf> (06.05.2014)

Petra Langheinrich, Anwaltskollektiv José Alvear Restrepo. Durchgeführt von Anke Polkowski/Gesellschaft für bedrohte Völker am 21.03.2014.

Dokumentationen, Filmmaterial

ARD Weltspiegel (2011). Reportage von Stefan Schaaf. Einzusehen unter: <https://www.youtube.com/watch?v=Et6jyyJhULI> (06.05.2014).

Catalejo Films (2012). Comunidad las Casitas en La Guajira Colombia. Einzusehen unter: <http://www.askonline.ch/themen/wirtschaft-und-menschenrechte/bergbau-und-rohstoffkonzerne/elcerrejon-und-xstrata/> (06.05.2014).

Kohleabbau in Kolumbien

Don Mister/Manuel Contreras (2012). Rastros del Carbón/Traces of Coal. Einzusehen unter: <http://vimeo.com/31237957> (06.05.2014).

NDR 45 Min.(2014). Die Rückkehr der Kohle. Einzusehen unter: http://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/45_min/videos/minuten1185.html (06.05.2014).

ZDF Zoom (2013). Böse Mine Gutes Geld. Einzusehen unter: <http://www.zdf.de/ZDFmediathek/beitrag/video/2029788/ZDFzoom-Boese-Mine---gutes-Geld#/beitrag/video/2029788/ZDFzoom-Boese-Mine---gutes-Geld> (06.05.2014).